

Ein islamisches Finanzsystem und die Schweizer Banken

Hawala ist ein islamisches Finanzsystem, das aus dem 8. Jahrhundert stammt und ohne grosse Infrastruktur Geldüberweisungen möchte, mit seinen lokal ansässigen Hawala-Intermediär. Er teilt diesem den Zahlungsort, den Auszahlungszeitpunkt und den auszuzahlenden Betrag mit.

Zur Einleitung einer Hawala-Transaktion trifft sich ein Kunde, der einen Geldbetrag überweisen möchte, mit seinem lokal ansässigen Hawala-Intermediär. Er teilt diesem den Zahlungsort, den Auszahlungszeitpunkt und den auszuzahlenden Betrag mit.

«Es geht um riesige Geldmengen, oft sind Drogen- und/oder Korruptionsgelder involviert.»

Der Intermediär nimmt den Betrag zuzüglich einer Bearbeitungspauschale in bar entgegen und teilt dem Kunden einen Code mit. Der Intermediär übermittelt seinem Partner im betreffenden Zielgebiet den Code und den damit verbundenen Zahlungsbetrag. Mit der Übergabe dieser Informationen ist die Finanztransaktion für den Hawala-Intermediär im Ausgangsgebiet abgeschlossen. Der Kunde teilt dem Geldempfänger den Code mit. Im Zielgebiet wird dieser den dortigen Hawala-Intermediär aufsuchen, den Code nennen

und den Betrag entgegennehmen.

Das System funktioniert unabhängig von formalen Rechtsordnungen und kann seine Leistungsfähigkeit ohne Schranken entfalten.

Über Banken wird der Mechanismus in illegaler Weise auch praktiziert, und zwar im Rahmen von transnationalen Kompensationsgeschäften, mit denen un versteuerte Bargelder aus dem Ausland ohne «Paper Trail» auf Konten von Auslandskunden in der Schweiz transferiert werden. Es geht dabei um riesige Geldmengen, die auf diese Art in die Schweiz gelangen, und oft sind Drogen- und/oder Korruptionsgelder involviert. Nicht selten kommt es zur Kompensation von Korruptionsgeldern mit un versteuerten Geldern.

Wenn man weiss, dass Italien als das korrupteste Land Europas gilt und Griechenland dem wenig hinterherhinkt, erkennt man,

dass man nicht in die Ferne schweifen muss – das alles liegt sehr nah.

So berichtete die Presse, dass die Bundesanwaltschaft, die im bisher grössten griechischen Korruptionsfall ermittelt, 35 Millionen Franken mutmassliche Korruptionsgelder beschlagnahmte und dabei auf 20 Millionen Franken von Steuerhinterziehern stiess. Der Fall betrifft den ehemaligen griechischen Verteidigungsminister

Akis Tsochatzopoulos, der 2013 in Griechenland zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er war von 1999 bis 2001 Chef des Verteidigungsministeriums und verantwortlich für den Kauf von Rüstungsgütern für mehrere Milliarden Franken.

Es sollen Bestechungsgelder von Rüstungskonzernen auf Schweizer Bankkonten geflossen sein und mit ihnen als Kompensationsgeschäfte

Steuerhinterziehungsgelder aus Griechenland. Ein Verrechnungsgeschäft, wie es auch von Peso-Brokern für die südamerikanische Drogenmafia praktiziert wird. Bezüglich Erlösen aus dem Drogenhandel in Mexiko hat man festgestellt, dass wegen der strengeren Regulierung des Bankensystems Dro-

Schweiz (...). In der gleichen Zeit übergaben die reichen Griechen die Beträge, die ihren Konten in der Schweiz gutgeschrieben worden waren, in bar an die Treuhandfirmen in Griechenland. Diese leiteten sie schliesslich an die bestochenen Personen in Griechenland weiter.»

Das Korruptionsgeld war nie in bar in der Schweiz und nie auf einem Konto in Griechenland. Es gibt keine grenzüberschreitenden Banktransaktionen zwischen dem Land, das die Rüstungsgüter liefert, und dem Bestimmungsland der Korruptionsgelder. Und jeder hatte dank dieses Kompensationsgeschäftes, was er wollte.

Es stellt sich die Frage, wie die Banken mit ihren Sorgfaltspflichten umgegangen sind. Es geht darum, dass der wirtschaftliche Hintergrund von Transaktionen zu hinterfragen ist. Handelt es sich um feststellbare Organisationsmängel, riskieren Banken seit Oktober 2003, sich strafbar zu machen (Geldwäscherei und Korruption). Dass in der Rüstungsindustrie Korruption endemisch ist, weiss man; dass vielfach Scheinberatungsverträge Grundlage für die Zahlung von Korruptionsgeldern sind, ist auch nicht neu, und ebenso wenig, dass solche Kompensationsgeschäfte häufig einen deliktischen Hintergrund haben und damit ein hohes Geldwäschereirisiko mit sich bringen.

HINWEIS

Monika Roth (63) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktaufsicht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.



AUSSICHTEN

genhändler auf andere Wege ausweichen. Der «Black-Market Peso Broker» (Schwarzmarkt-Peso-Händler) kontaktiert mexikanische Importeure, welche Waren in den USA kaufen möchten. Er sucht dann eine Drogenbande in den USA, welche die Rechnung für den mexikanischen Importeur in den USA bezahlt mit Erlösen aus dem Drogenhandel (in US-Dollars). Der Importeur bezahlt den Broker in Peso, der Broker nimmt seinen Anteil und gibt den Rest der Drogenbande in Mexiko.

Im Fall Griechenland funktionierte es so («NZZ am Sonntag» vom 8. März 2015): «Die Rüstungskonzerne (...) zahlten Bestechungsgelder – getarnt als Beraterhonorare – auf Konten von Treuhandfirmen bei Schweizer Banken. Von dort wurden die Gelder (...) weitergeschoben, bis sie zuletzt auf den Konten reicher Griechen (meine Anmerkung: auf Konten bei Schweizer Banken in der Schweiz) landeten. Diese lebten in Griechenland und waren jetzt plötzlich Inhaber von Konten mit un versteuerten Schwarzgeldern in der